



Beschluss-Protokoll

Amtsduer 2005 - 2008

12. Sitzung

Dienstag, 5. September 2006, 17.00 bis 19.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau

Vorsitz	Claudia Martin (SVP)
Anwesend	29 Mitglieder
Entschuldigt	Hans Ulrich Rusch (SVP)
Abwesend Stadtrat	7 Mitglieder
Entschuldigt	

Traktanden

- 12.01 Konzept Nord, Kredit für Machbarkeitsstudie; Antrag der vorberatenden Kommission
- 12.02 Dorfplatz Arnegg, Baukredit; Antrag der Baukommission
- 12.03 Ausbau Bädlibach, Baukredit; Antrag der Baukommission
- 12.04 Skateranlage Mooswies; Erteilung Baukredit
- 12.05 Kantonsstrasse Gossau-Andwil; Vernehmlassungsbeschluss
- 12.06 Teilzonenplan Lerchenstrasse Nord; Erlass
- 12.07 Bürgerrechtsbestätigungen 2006/2
- 12.08 Dringliche Interpellation Hubert Füllemann (FDP) „Problemzone Bahnhofareal“; Antwort des Stadtrates
- 12.09 Interpellation Hanspeter Fröhlich (FDP) „Kosten Stadtentwicklung“; Antwort des Stadtrates
- 12.10 Interpellation Robin Wehrle (FLiG) „Massnahmen gegen Feinstaubbelastung“; Antwort des Stadtrates
- 12.11 Interpellation Stefan Schmid (SP) „Energieeffizienz bei Bauten der Stadt Gossau“; Antwort des Stadtrates
- 12.12 Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Langzeitarbeitslosigkeit – Teillohnjob“; Antwort des Stadtrates
- 12.13 Interpellation Patrick Scheiwiler (CVP) „Grünabfuhr mittels grünen Tonnen“; Antwort des Stadtrates

12.01**Konzept Nord, Kredit für Machbarkeitsstudie; Antrag der vorberatenden Kommission**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 2. Februar 2006 mit folgenden Anträgen:

1. Für eine Studie zur Strassenraumgestaltung Arnegg (Element A0) wird ein Kredit von CHF 35'000 bewilligt.
2. Für eine Machbarkeitsstudie der Umfahrung Arnegg (Element A1) wird ein Kredit von CHF 70'000 bewilligt.
3. Auf eine Machbarkeitsstudie der Nordumfahrung mit den Elementen B und C wird verzichtet.

Eintretensdiskussion:

Patrick Scheiwiler (CVP) erstattet den Bericht der vorberatenden Kommission. Diese hält eine nördliche Umfahrung von Gossau mit dem Status einer Kantonsstrasse für zwingend. Diese Variante müsse mit Variante Bahntrasse vergleichbar sein. Die Kommission beantragt daher:

1. Für eine Studie zur Strassenraumgestaltung Arnegg (Element A0) wird ein Kredit von CHF 35'000 bewilligt.
2. Für eine Machbarkeitsstudie der Umfahrung Arnegg (Element A1) wird ein Kredit von CHF 70'000 bewilligt.
3. Der Stadtrat wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Verbindung Wilerstrasse - Bischofszellerstrasse - Andwilerstrasse entlang A1 (Element B2) zu erstellen. Es wird ein Kredit von CHF 75'000 bewilligt.
4. Der Stadtrat wird beauftragt, eine Machbarkeitsstudie für die Verbindung Wilerstrasse - Bischofszellerstrasse - Andwilerstrasse entlang A1 - geplanter Anschluss Gossau Ost (Elemente C und D) zu erstellen. Für die mit Antrag 3 nicht abgedeckten Kosten wird ein Kredit von CHF 75'000 bewilligt.

Angela Drittenbass-Tölle (FDP) spricht sich für die FDP-Fraktion gegen Machbarkeitsstudien einer Nordumfahrung aus. Es bestehe kein zeitlicher Handlungsbedarf, weil das dafür erforderliche Land in naher Zukunft nicht überbaubar sei. Durch den realistischer gewordenen Autobahnanschluss Gossau Ost sei die Notwendigkeit einer solchen Umfahrung noch fraglicher geworden. Sie beantragt Nichteintreten.

Claudia Meier-Uffer (FLiG): Es hat keinen Sinn Projekte voranzutreiben, welche die finanziellen Möglichkeiten übersteigen. Arnegg verdient in der Gossauer Verkehrskonzeption Aufmerksamkeit. Die Strassenraumgestaltung (Element A0) ist unbestritten. Eine Umfahrungsstrasse (Element A1) unterstützt die FLiG nicht, weil die Priorität dafür fehlt. Nebst den Kernprojekten sind keine weiteren Machbarkeitsstudien erforderlich. Die FLiG-Fraktion unterstützt die Anträge 1 und 3 des Stadtrates und Antrag 1 der vorberatenden Kommission.

Stefan Schmid (SP) sieht keinen Bedarf für Machbarkeitsstudien einer Nordumfahrung und für Verkehrsberuhigungen in Arnegg. Dringender wären Massnahmen für Radfahrer auf der Bischofszellerstrasse. Er beantragt Nichteintreten.

Benno Koller (SVP): Die SVP-Fraktion steht weiteren Machbarkeitsstudien skeptisch gegenüber. Für die SVP haben der Autobahnanschluss Gossau Ost und die Verbindung Flawiler-/Wilerstrasse hohe Priorität. Auch aus finanziellen Gründen ist der Verzicht auf weitere Machbarkeitsstudien angebracht. Er beantragt Nichteintreten.

Trudi Weibel (FLiG): Für die Machbarkeitsstudien spricht, dass sich die Notwendigkeit einer zweiten Querung von Gossau früher oder später ergibt. Mit der beantragten Studie könnten die Varianten Nord- und Südumfahrung auf gesicherten Daten verglichen werden.

Hans Züst (FDP): Nur wenn das Parlament glaubt, dass die vorliegenden Ideen mach- und bezahlbar sind, machen die Studien einen Sinn. Er beantragt Nichteintreten.

Patrick Scheiwiler (CVP): Für Variantenvergleiche fehlen die Zahlen. Nur wenn der Verlauf einer Nordumfahrung einigermassen feststeht, können die Korridore in die Richtplanung aufgenommen werden.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Auf das Geschäft wird mit 15 zu 14 Stimmen nicht eingetreten.

12.02**Dorfplatz Arnegg, Baukredit; Antrag der Baukommission**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 23. März 2006.

Eintretensdiskussion:

Ruedi Zingg (CVP) erstattet den Bericht der parlamentarischen Baukommission. Die Renovation der Scheune sei möglich und nur halb so teuer wie ein neuer Pavillon. Die Baukommission beantragt analog zum Stadtrat:

Für die Realisierung des Dorfplatzes Arnegg wird ein Kredit von CHF 1'150'000 (inkl. MwSt.) genehmigt.

Benno Koller (SVP): Im Budget 2005 waren CHF 70'000 für einen Dorfplatz vorgesehen, jetzt liegt ein Antrag auf 1.15 Mio. Franken vor. Für die SVP-Fraktion ist dieses Vorhaben klarer Wunschbedarf. Die SVP ist überzeugt, dass die Arnegger Anliegen mit geringeren Investitionen gedeckt werden können. Er beantragt Nichteintreten.

Hanspeter Fröhlich (FDP) sieht das Projekt nicht einmal von Arnegg vollumfänglich mitgetragen. Er will das Projekt jedoch nicht durch Nichteintreten begraben sondern eine günstigere Lösung ermöglichen. Er beantragt:

Für die Realisierung des Dorfplatzes sind folgende Kredite zu genehmigen:

CHF 500'000 Grundstückskosten (wie vom Stadtrat beantragt)

CHF 400'000 Anlagekosten (statt CHF 650'000).

Der Stadtrat entscheidet unter Einbezug der Dorfkorporation Arnegg wie die CHF 400'000 einzusetzen sind.

Karl Bürki (SP): Die Mehrheit der Arnegger steht hinter diesem Vorhaben. Von einer Luxusvariante kann nicht gesprochen werden.

Hans Züst (FDP): Arnegg verdient einen schönen Dorfplatz und kein auf das Minimum abgespecktes Projekt.

Urs Kempter (CVP): Für die CVP-Fraktion sind die Argumente für den Dorfplatz stichhaltiger als die Gegenargumente. Wenn alle Vorlagen uneingeschränkte Zustimmung der Bevölkerung benötigen, lässt sich kein Vorhaben realisieren. Die beantragte Investition ist für fast einen Zehntel der Gossauer Bevölkerung gerechtfertigt. Er beantragt Eintreten.

Melanie Helfenberger (CVP): Im Süden hat jedes kleine Dorf einen Dorfplatz. In Arnegg fehlt ein solcher. Sie vertraut darauf, dass die Baukommission keine Luxusvariante unterstützt und beantragt Eintreten.

Marianne Federer (FLiG): Für die FLiG-Fraktion sind verschiedene Fragen offen. Die in Arnegg fehlende öffentliche WC-Anlage könnte beim Beachvolleyball-Feld erstellt werden. Die FLiG-Fraktion ist einstimmig für Eintreten.

Gallus Hälgi (SVP) zeigt den finanziellen Werdegang der Vorlage seit dem Budget 2005 auf. Bei der geplanten Nutzung besteht die gesetzliche Pflicht, die Grundstücke künftig im Verwaltungsvermögen auszuweisen. Allerdings wird ein Dorfplatz mit dieser Kostendimension nicht benötigt. Unterschiedliche Ansichten bestehen in Arnegg auch bezüglich der Scheune. Als GPK-Präsident beantragt er auf Grund der Kostensituation und der Finanzierbarkeit Nichteintreten.

Patrick Scheiwiler (CVP): Mit der Umnutzung dieses zentralen Platzes von einer Baudeponie in einen Dorfplatz wird die Wohnlichkeit von Arnegg gesteigert. Die Ablehnung des Konzepts Nord ist ein weiteres Argument für

eine Aufwertung im Zentrum von Arnegg. Die grosse Mehrheit der Arnegger Bevölkerung und der Verwaltungsrat der Dorfkorporation stehen hinter dem Projekt. Eine Annahme des Antrags Fröhlich würde bewirken, dass die Infrastruktur nicht erneuert werden kann. Die CHF 70'000 im Budget 2005 standen für ein gänzlich anderes Vorhaben als die aktuelle Vorlage. Er beantragt Eintreten und Zustimmung.

Das Parlament beschliesst mit 23 zu 6 Stimmen auf das Geschäft einzutreten.

Detailberatung:

Trudi Weibel (FLiG): Der Ortsverwaltungsrat und die parlamentarische Baukommission haben das Projekt intensiv überprüft und stehen dahinter. Die Grundstücke gehen für die Stadt nicht verloren, die Rede ist somit von CHF 650'000 Anlagekosten.

Kurt Züblin Stadtrat: Der Voranschlag der Anlagekosten lag bei rund CHF 765'000 und wurde auf CHF 650'000 optimiert.

Benno Koller (SVP): Die SVP-Fraktion beantragt das Ratsreferendum.

Beschluss des Stadtparlamentes:

In der Gegenüberstellung entfallen 10 Stimmen auf den Antrag Fröhlich und 19 Stimmen auf den Antrag der Baukommission.

Dem obsiegenden Antrag der Baukommission wird mit 19 Ja zu 9 Nein und einer Enthaltung zugestimmt.

Das Ratsreferendum kommt mit 11 Stimmen zustande.

12.03

Ausbau Bädlibach, Baukredit; Antrag Baukommission

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 18. Mai 2006.

Eintretensdiskussion:

Ruedi Zingg (CVP) erstattet den Bericht der parlamentarischen Baukommission. Diese beantragt auf Grund ihrer Beratungen und analog zum Stadtrat:

Für den Ausbau des Bädlibaches wird ein Kredit von CHF 1'582'000 (inkl. MwSt.) gewährt

Albert Lehmann (CVP) beantragt namens der CVP-Fraktion Zustimmung.

Hans Züst (FDP) beantragt namens der FDP-Fraktion Zustimmung.

Detailberatung:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag der Baukommission wird einstimmig angenommen.

12.04

Skateranlage Mooswies; Erteilung Baukredit

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. August 2006 mit folgendem Antrag:

Für die Ausführung der Skateranlage Mooswiese wird ein Kredit von CHF 160'000 (inkl. MwSt) genehmigt.

Eintretensdiskussion:

Peter Bernhardsgrütter (CVP) unterstützt Namens der Fraktion den Antrag. Der Standort ist ideal. Es müssen verantwortliche Personen bezeichnet sein, damit der Betrieb nicht durch Immissionen zu Problemen führt.

Kurt Rindlisbacher (FDP) unterstreicht Namens der Fraktion die Vorteile der Vorlage. Die Nähe zum Jugendsekretariat sei ideal und ermögliche die Gassenarbeit. Eine Zustimmung dokumentiere, dass die Politik echte Anliegen der Jugend aufnehme und realisiere.

Benno Koller (SVP) unterstützt Namens der SVP-Fraktion die Verlegung der Skateranlage. Im Budget 2006 sind dafür CHF 100'000 Franken ausgewiesen, beantragt werden CHF 160'000. Weshalb stimmt das Parlament überhaupt über ein Budget ab? In der Vorlage werden Hinweise auf Eigenleistungen der Benutzer und auf Sponsoring und Spenden vermisst. Er beantragt:

Für die Verlegung der Skateranlage an die Mooswiesstrasse wird ein Kredit von CHF 100'000 genehmigt.

Robin Wehrle (FLiG) begrüsst Namens der FLiG-Fraktion die Vorlage. Der beabsichtigte Bezug der Nutzer bei der Realisierung gewähre eine nutzergerechte Ausführung. Die Vorlage nimmt die Anliegen der Jugendlichen ebenso ernst wie mögliche Bedenken. Er beantragt Zustimmung zur Vorlage.

Pius Keller Stadtrat: Für die Verlegung der bestehenden Skateranlage sind CHF 100'000 budgetiert. Beantragt wird nun aber ein Neubau mit zusätzlichen Geräten. Eigenleistungen sind dabei kaum möglich. Mit der IG Sport wurde ein Sport-Toto-Beitrag beantragt, worüber aber erst nach Vorliegen eines rechtskräftigen Kredites entschieden wird.

Detailberatung:

Diese wird nicht benutzt

Beschluss des Stadtparlamentes:

In der Gegenüberstellung entfallen 23 Stimmen auf den Antrag des Stadtrates, der Antrag der SVP erhält 6 Stimmen.

Dem obsiegenden Antrag des Stadtrates wird mit 22 zu 5 Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

12.05

Kantonsstrasse Gossau-Andwil; Geh- und Radweg Gebiet St. Margreten; Vernehmlassungsbeschluss

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 16. August 2006 mit folgendem Antrag:

Dem Projekt wird zugestimmt.

Eintretensdebatte:

Patrick Scheiwiler (CVP) unterstützt das Vorhaben. Er bittet den Stadtrat sich bei Kanton und Gemeinde Andwil auch für eine sichere Schulwegverbindung aus dem südlichen Teil von Arnegg einzusetzen.

Detailberatung

Diese wird nicht gewünscht.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig angenommen.

12.06**Teilzonenplan Lerchenstrasse Nord; Erlass**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Stadtrates vom 6. Juli 2006 mit folgendem Antrag:

Der Teilzonenplan „Lerchenstrasse Nord“ wird gemäss Planbeilage erlassen.

Eintretensdiskussion:

Hans Hälg (SVP) unterstützt die Einzonung, tritt aber als direkter Anstösser des Plangebietes für die Beratung des Geschäftes in den Ausstand.

Detailberatung:

Diese wird nicht benutzt.

Beschluss des Stadtparlamentes:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 28 zu 0 Stimmen angenommen.

12.07**Bürgerrechtsgesuche 2006/2**

Grundlage ist Bericht und Antrag des Einbürgerungsrates vom 19. Juni 2006 mit folgendem Antrag:

Den nachstehend aufgeführten Personen wird das Gemeinde- und Ortsbürgerrecht erteilt:

Aus Datenschutzgründen werden die Daten der Einbürgerungskandidaten nach der Behandlung des Geschäftes entfernt.

Eintretensdiskussion:

Diese wird nicht geführt, Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung:

Diese wird nicht benutzt

Beschluss des Stadtparlamentes:

Dem Antrag des Einbürgerungsrates wird mit 18 Ja zu 6 Nein bei 5 Enthaltungen zugestimmt.

12.08**Dringliche Interpellation Hubert Füllemann (FDP) „Problemzone Bahnhofareal“; Antwort des Stadtrates**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 16. August 2006.

Interpellant **Hubert Füllemann** erklärt sich mit der Antwort des Stadtrates nicht zufrieden und beantragt Diskussion.

Die Diskussion wird von 27 Mitgliedern beschlossen.

Hubert Füllemann (FDP) vermisst in der Antwort konkrete Aussagen und den Willen zu proaktivem Handeln. Das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zeigt sich nicht in Statistiken. Die meisten Vorkommnisse, welche das Sicherheitsgefühl beeinflussen, werden nicht gemeldet und fehlen in den Statistiken. Verschieden Personengruppen fühlen sich in unterschiedlichen Konstellationen nicht wohl. Bezüglich getroffener Massnahmen wird das BBC an erster Stelle genannt, obwohl dieses nicht Hauptursache der Probleme ist. Hinter langfristige Massnahmen werden Vorbehalte gemacht. Amriswil setzt mit Erfolg Hundepatrouillen ein, für jährlich CHF 32'000. Sich wohl fühlen gehört auch zur Stadtentwicklung.

Alfred Zahner (FLiG) erwähnt Sachbeschädigungen an der PHS und regelmässige Verunreinigungen im Areal. Mit dem neuen Oberstufenzentrum wird das Areal noch abgeschlossener. Stadtrat und Jugendsekretariat sollen schon jetzt geeignete Massnahmen treffen.

Die Interpellation wird abgeschrieben.

12.09**Interpellation Hanspeter Fröhlich (FDP) „Kosten Stadtentwicklung“; Antwort des Stadtrates**

Grundlage ist der Bericht vom 1. Juni 2006.

Interpellant **Hanspeter Fröhlich** erklärt sich mit der Antwort nicht zufrieden. Parlament und Steuerzahler wollen wissen, was die Stadtentwicklung kostet. Die Frage nach den Kosten externer Berater wird mit Hinweisen auf die Rechnungslegungsvorschriften beantwortet, statt mit Zahlen. Eine Auskunft des kantonalen Finanzdepartements ergab, dass das Projekt in der Kostenrechnung gesondert ausgewiesen werden kann.

12.10**Interpellation Robin Wehrle (FLiG) „Massnahmen gegen Feinstaubbelastung“; Antwort des Stadtrates**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 4. Mai 2006.

Interpellant **Robin Wehrle** erklärt sich mit der Antwort zufrieden. Erfreulich sei die Bereitschaft auf die Umrüstung sämtlicher Regiobusse mit Partikelfiltern hinzuwirken. Bedauerlich ist jedoch der Verzicht auf eine Infoveranstaltung zu diesem Thema. Er erwartet ein aktiveres Verhalten des Stadtrates zur Sensibilisierung der Bevölkerung.

12.11**Interpellation Stefan Schmid (SP) „Energieeffizienz bei Bauten der Stadt Gossau“; Antwort des Stadtrates**

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 1. Juni 2006.

Interpellant **Stefan Schmid** erklärt sich mit der Antwort teilweise zufrieden. Er vermisst beim Stadtrat den Mut für innovative Entscheide.

12.12

Interpellation Alfred Zahner (FLiG) „Langzeitarbeitslosigkeit – Teillohnjob“; Antwort des Stadtrates

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 6. Juli 2006.

Interpellant **Alfred Zahner** erklärt sich mit der Antwort zufrieden. Er erwartet dass das Projekt "Alle Langzeitarbeitslosen sind in Zusammenarbeit mit ansässigen Firmen in die Wirtschaft integriert" noch in diesem Jahr verwirklicht und darüber Rechenschaft abgelegt wird. Gossau soll zudem auch vor Ort Beschäftigungsprogramme anbieten.

12.13

Interpellation Patrick Scheiwiler (CVP) „Grünabfuhr mittels grünen Tonnen“; Antwort des Stadtrates

Grundlage ist der Bericht des Stadtrates vom 4. Juli 2006.

Interpellant **Patrick Scheiwiler** erklärt sich mit der Antwort nicht zufrieden. Der Stadtrat hat es verpasst, den Gartenbesitzern eine einfache und klare Lösung anzubieten. Der Rat soll bei der nächsten Revision des Entsorgungstarifs auf das Anliegen zurückkommen. Auch für die Grünabfuhr sollten Jahresmarken erhältlich sein.

12.14

Neue parlamentarische Vorstösse

Postulat Peter Bernhardsgrütter (CVP) "Siedlungsentwicklung Stadt Gossau"

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium auf dem Zirkulationsweg am 12. September 2006 genehmigt.

Claudia Martin
Präsidentin

Urs Salzmann
Stadtschreiber-Stv.